

## über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 über die Errichtung von «Eurodac» sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 zur Errichtung der IT-Agentur (Weiterentwicklung des Dublin/Eurodac-Besitzstands)

vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und 166 Absatz 2 der Bundesverfassung<sup>1</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...<sup>2</sup>,

*beschliesst:*

### Art. 1

<sup>1</sup> Der Notenaustausch vom ... zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) Nr. 603/2013<sup>3</sup> über die Errichtung von «Eurodac» sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 zur Errichtung der IT-Agentur<sup>4</sup> wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Europäische Union nach Artikel 4 Absatz 3 des Abkommens vom 26. Oktober 2004<sup>5</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags über die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Bezug auf den Notenaustausch nach Absatz 1 zu informieren.

SR .....

1 SR 101.0

2 BB1 ...

3 Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol auf den Abgleich mit Eurodac-Daten sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Neufassung), ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 1.

4 SR ...; BB1

5 SR 0.142.392.68

**Art. 2**

Folgende Bundesgesetze werden gemäss dem Wortlaut im Anhang genehmigt:

1. Änderung des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2005<sup>6</sup>,
2. Änderung des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>7</sup>.

**Art. 3**

<sup>1</sup> Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Staatsvertragsreferendum für Verträge, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten oder deren Umsetzung den Erlass von Bundesgesetzen erfordert, nach den Artikeln 141 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer 3 und 141a Absatz 2 der Bundesverfassung.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Datum des Inkrafttretens der in Artikel 2 genannten Gesetze.

...

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates  
Der Bundespräsident: Ueli Maurer  
Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

<sup>6</sup> SR 142.20  
<sup>7</sup> SR 142.31

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

**1. Ausländergesetz vom 16. Dezember 2005<sup>8</sup> (AuG)**

*Art. 111d Abs. 5*

<sup>5</sup> Die aus der Datenbank Eurodac gewonnenen Daten dürfen unter keinen Umständen an einen Staat übermittelt werden, der nicht durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist. Sie dürfen auch nicht an internationale Organisationen oder private Stellen übermittelt werden.

*Art. 111i*

<sup>1</sup> Die Grenzposten und die Polizeibehörden der Kantone und Gemeinden nehmen von Ausländerinnen und Ausländern, die über 14 Jahre alt sind, unverzüglich die Abdrücke aller Finger ab, wenn die betroffene Person aus einem Staat, der nicht durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist, illegal in die Schweiz einreist und diese Person nicht zurückgewiesen oder im Hinblick auf eine Ausschaffung während des gesamten Zeitraums zwischen ihrem Aufgreifen und der Wegweisung festgehalten oder in Haft genommen wird.

<sup>2</sup> Ausser den Fingerabdrücken werden folgende Daten erhoben:

- a. der Ort und das Datum des Aufgreifens in der Schweiz;
- b. das Geschlecht der aufgegriffenen Person;
- c. das Datum der Abnahme der Fingerabdrücke;
- d. die schweizerische Kennnummer der Fingerabdrücke;
- e. das Datum der Übermittlung der Daten an die Zentraleinheit;
- f. das Benutzerkennwort.

<sup>2bis</sup> Die nach den Absätzen 1 und 2 erfassten Daten werden innerhalb von 72 Stunden nach dem Aufgreifen der betroffenen Person an die Zentraleinheit übermittelt. Wenn diese Person länger als 72 Stunden in Haft genommen wird, muss die Datenübermittlung vor der Freilassung erfolgen.

<sup>2ter</sup> Wenn die Finger der betroffenen Person keine Erfassung der Fingerabdrücke zulassen, müssen die Fingerabdrücke innerhalb von 48 Stunden, nachdem eine qualitativ einwandfreie Erfassung wieder möglich ist, an das Zentralsystem übermittelt werden. Wenn die Fingerabdrücke wegen des Gesundheitszustands der betroffenen Person oder wegen Massnahmen der öffentlichen Gesundheit nicht abgenommen werden können, müssen diese innerhalb von 48 Stunden nach Wegfallen des Hinderungsgrundes an das Zentralsystem übermittelt werden.

<sup>8</sup> SR 142.20

<sup>2</sup><sub>quater</sub> Wird die Datenübermittlung durch schwerwiegende technische Probleme verhindert, wird eine Nachfrist von 48 Stunden gewährt, um die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit das System wieder einwandfrei funktioniert.

<sup>3</sup> Die Grenzposten und die Ausländer- und Polizeibehörden der Kantone und Gemeinden können von Ausländerinnen und Ausländern, die über 14 Jahre alt sind und sich illegal in der Schweiz aufhalten, die Abdrücke aller Finger abnehmen, um zu überprüfen, ob sie schon in einem anderen Staat, der durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist, ein Asylgesuch gestellt haben.

<sup>4</sup> Die nach den Absätzen 1, 2 und 3 erhobenen Daten werden dem BFM zur Weiterleitung an das Zentralsystem übermittelt.

<sup>5</sup> Die nach Absatz 1 und 2 übermittelten Daten werden vom Zentralsystem in der Datenbank Eurodac gespeichert und 18 Monate nach Abnahme der Fingerabdrücke automatisch vernichtet. Das BFM ersucht das Zentralsystem unverzüglich um vorzeitige Vernichtung dieser Daten, sobald es Kenntnis davon erhält, dass die Ausländerin oder der Ausländer:

- a. in der Schweiz eine Aufenthaltsbewilligung erhalten hat;
- b. das Hoheitsgebiet der Staaten verlassen hat, die durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden sind;
- c. die Staatsangehörigkeit eines Staates erhalten hat, der durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist.

<sup>6</sup> Auf die Verfahren nach den Absätzen 1–5 sind die Artikel 102*b*, 102*c* und 102*e* AsylG anwendbar.

## 2. Asylgesetz vom 26. Juni 1998<sup>9</sup> (AsylG)

Art. 102*a*<sup>bis</sup> Abs. 2 - 3

<sup>2</sup> Es übermittelt folgende Daten innerhalb von 72 Stunden nach Einreichung des Gesuchs an das Zentralsystem:

- a. den Ort und das Datum der Gesuchstellung in der Schweiz;
- b. das Geschlecht der gesuchstellenden Person;
- c. die nach Artikel 99 Absatz 1 abgenommenen Fingerabdrücke;
- d. die schweizerische Kennnummer der Fingerabdrücke;
- e. das Datum der Abnahme der Fingerabdrücke;
- f. das Datum der Übermittlung der Daten an das Zentralsystem;
- g. das Benutzerkennwort.

<sup>2</sup><sub>bis</sub> Wenn die Finger der betroffenen Person keine Erfassung der Fingerabdrücke zulassen, müssen die Fingerabdrücke innerhalb von 48 Stunden, nachdem eine qualitativ einwandfreie Erfassung wieder möglich ist, an das Zentralsystem übermit-

<sup>9</sup> SR 142.31

telt werden. Wenn die Fingerabdrücke wegen des Gesundheitszustands der betroffenen Person oder wegen Massnahmen der öffentlichen Gesundheit nicht abgenommen werden können, müssen diese innerhalb von 48 Stunden nach Wegfallen des Hinderungsgrundes an das Zentralsystem übermittelt werden.

<sup>2ter</sup> Wird die Datenübermittlung durch schwerwiegende technische Probleme verhindert, wird eine Nachfrist von 48 Stunden gewährt, um die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit das System wieder einwandfrei funktioniert.

<sup>2quater</sup> Ebenso übermittelt das Bundesamt die folgenden Daten an das Zentralsystem:

- a. bei Aufnahme einer Person nach der Verordnung (EU) Nr. 603/2013<sup>10</sup> den Zeitpunkt der Ankunft in der Schweiz;
- b. bei Wiederaufnahme einer Person nach der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 den Zeitpunkt der Ankunft in der Schweiz;
- c. bei Nachweis, dass eine gesuchstellende Person, für welche die Schweiz nach der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 für die Behandlung ihres Gesuchs zuständig ist, für mindestens drei Monate das Gebiet der Staaten, die durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden sind, verlassen hat, den Zeitpunkt der Ausreise;
- d. nach erfolgreichem Vollzug der Wegweisung, den Zeitpunkt der Ausschaffung bzw. der Ausreise der gesuchstellenden Person aus dem Gebiet der Staaten, die durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden sind;
- e. sofern die Schweiz die Zuständigkeit zur Prüfung des Gesuchs annimmt, den Zeitpunkt dieser Entscheidung.

<sup>3</sup> Die übermittelten Daten werden in der Datenbank Eurodac gespeichert und mit den in dieser Datenbank bereits gespeicherten Daten automatisch verglichen. Das Ergebnis des Vergleichs wird dem Bundesamt mitgeteilt.

#### *Art. 102a<sup>ter</sup> (neu) Verifizierung der Fingerabdrücke in Eurodac*

<sup>1</sup> Ein Spezialist nimmt eine Überprüfung der Fingerabdrücke vor, wenn die Eurodac-Abfrage einen Treffer ergeben hat.

<sup>2</sup> Das Bundesamt bestimmt, über welche Qualifikationen der Fingerabdruckspezialist verfügen muss.

<sup>10</sup> Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol auf den Abgleich mit Eurodac-Daten sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Neufassung), ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 1.

*Art. 102c Abs. 5*

<sup>5</sup> Die aus der Datenbank Eurodac gewonnenen Daten dürfen unter keinen Umständen an einen Staat übermittelt werden, der nicht durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist. Sie dürfen auch nicht an internationale Organisationen oder private Stellen übermittelt werden.